



Große Kreisstadt Bretten - Gemeinderatsfraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, Hohkreuzstr. 5, 75015 Bretten



Otto Mansdörfer (Vorsitz)
Dr. Ute Kratzmeier
Harald Müller

Stellungnahme zum Haushalt 2018

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN 27.02.2017

Otto Mansdörfer - es gilt das gesprochene Wort.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Stadt Bretten startet in das Haushaltsjahr 2018 mit einem prall gefüllten Aufgabenkatalog. Dies ist angemessen angesichts unserer finanziellen Lage zu Beginn dieses Haushaltsjahres. Wir starten mit einer hohen Liquidität aus Vorjahren. Es gibt nicht wenige Gemeinden, die Bretten um solche Kommunalfinanzen beneiden. Unser Überschuss am Ende des Haushaltsjahres wird voraussichtlich bei +3,1 Mio. € liegen. Nur zum Vergleich: In Bruchsal steht da für 2018 eine Zahl von +772.000 € bei einem Haushaltsvolumen von 124 Mio. €.

Die zwei wichtigsten Einnahmeposten unseres Haushalts sind beim Steueraufkommen die Gewerbesteuer mit 21 Mio. € und – fast genauso hoch – die Gemeindeanteile bei Einkommens- und Umsatzsteuer mit zusammen 20,3 Mio. €. Dies ist Ergebnis der anhaltend guten konjunkturellen Lage seit 2012, die wesentlich aus der Position Deutschlands innerhalb der EU und auf dem Weltmarkt resultiert. In diesem seit Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Boom werden aber immer stärker andere Begrenzungen deutlich: Die Belastung der Umwelt nimmt im Verkehrsbereich immer noch zu – wir kennen alle die Debatten um Stickoxide und Feinstaub. – An dieser Stelle ein Einschub: Das Bundesverwaltungsgericht hat heute das Tor zur Veränderung aufgestoßen. Wir werden in diesem Jahr noch tolle Dinge erleben. – Es fehlt immer stärker an Fachpersonal, Flächen aller Art werden knapp und die Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen den prosperierenden Räumen in Süddeutschland und den zurückbleibenden Landstrichen im Osten und Norden Deutschlands verschärft sich – mit allen hässlichen Begleiterscheinungen und dem Erstarren der AfD genau in diesen abgehängten Regionen.

Ebenfalls Abbild der guten Beschäftigungslage ist die Entwicklung des Einkommenssteueranteils, der auf fast 17 Mio. € im Jahr 2018 anwächst. Auch hier gilt das Gesagte: Das Fachkräftereservoir ist nicht beliebig vermehrbar. Die Zehntausende fehlender Ingenieure für eine weitere wirtschaftliche Expansion sind nicht herbeizuschaffen.

Selbstverständlich sollten wir alles tun, um unseren Brettener Unternehmen und Betrieben gute Rahmenbedingungen zu schaffen, d.h. aktive Bestandspflege zu machen, zuzuhören und betriebliche Entwicklungspotentiale zu fördern. So könnten an jedem Unternehmensstandort Flächenreserven gewonnen werden, wenn es gelänge, die Stellplatzflächen der Beschäftigten zu reduzieren, indem Unternehmen und Stadt gemeinsam in den Belegschaft-

Otto Mansdörfer	Hohkreuzstr. 5	Bretten	Tel. 95 80 36	Ottohoh5@posteo.de
Dr. Ute Kratzmeier	Fürthstr. 7	Neibsheim	Tel. 562137	ute.kratzmeier@posteo.de
Harald Müller	Tannenberger Str. 11	Diedelsheim	Tel. 3844	Mueller-Bretten@gmx.de



ten dafür werben, vermehrt mit dem Rad zu Arbeit zu kommen. Die AOK würde dabei sofort mitmachen – sie ist geübt in solchen Rad-Kampagnen.

Ein weiterer Punkt der Gewerbepolitik ist hier anzusprechen: Jede Stadt braucht, um zu funktionieren, einen Kranz an Handwerksbetrieben des Reparatur- und Instandhaltungssektors. Die Standorte dieser Betriebe dürfen weder ganz draußen am Waldrand sein, noch in der Innenstadt, wo sie Wohnen und Aufenthaltsqualität beeinträchtigen. Uns fehlt in Bretten ein Handwerkerhof am Rande der Kernstadt. Wir meinen, die Kommunalbau soll ihn errichten und vermieten. Ein guter Standort wäre das Mellert-Fibron-Gelände, funktionieren würde er aber auch im 7. Abschnitt Industriegebiet Gölshausen.

Wofür geben wir Geld aus im Jahr 2018?

Sowohl in den Projekten des Bauunterhalts im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt nehmen die Schulen breiten Raum ein. Wir begrüßen das. Allerdings wäre es uns noch lieber, wäre die Grundlage dieser vielfältigen Aktivitäten ein Konzept der regionalen Schulentwicklung. Bretten vergibt sich Gestaltungsspielraum, wenn es sich nur als Manager der Gehäuse fühlt und inhaltliche Fragen der Schulentwicklung aus dem Blickfeld schiebt.

Bei der Art und Weise, wie die großen Schulbauinvestitionen künftig angefasst werden, liegt die Verwaltung richtig. Auch in anderen Städten kommt man davon weg, Schulbaumaßnahmen ausschließlich in den Sommerferien in Hochgeschwindigkeit durchzuziehen. Ganze Gebäude werden für ein Jahr geräumt, von oben bis unten grundsaniert und dann wieder fit für 30 Jahre dem Schulbetrieb übergeben. Das heißt natürlich Provisorien und Containerklassenzimmer – dem liegt aber die Erkenntnis zugrunde, dass der aufgelaufene Sanierungsstau in 50 Jahre alten Gebäuden nur mit Sommerferienaktivitäten nicht abgearbeitet werden kann. Wir sollten bei Generalsanierungen von Schulgebäuden künftig das Gebäude für die Bauzeit außer Betrieb nehmen. Der Bronnerbau des Melanchthon-Gymnasiums ist der erste Fall.

Bestandteil des Ergebnishaushalts ist der Stellenplan. Hier wird entschieden, wie schlagkräftig die Verwaltung aufgestellt ist und wie erfolgreich sie die Beschlüsse des Gemeinderats und die Aufgaben der laufenden Verwaltung umsetzen kann. Der Stellenplan 2018 sieht per Saldo 21,4 neu zu schaffende Stellen vor. Dies unterstützen wir, weil die Verwaltung seit vielen Jahren unterbesetzt ist. Schwerpunkt der Stellenschaffung ist der technische Bereich, aber auch die Stadtplanung. Hier sind wir der Auffassung, dass das Planerteam im Amt für Stadtentwicklung und Baurecht um eine Grünplanerin ergänzt werden muss. Die Bedeutung der Grünordnungsplanung wächst – die Menschen wollen es so und der Klimawandel erzwingt es. Diese konzeptionelle Arbeit muss in der Stadtplanung passieren. Amt 60 und der Baubetriebshof haben genug mit der Umsetzung zu tun.

Ganz generell haben wir aber große Zweifel, ob Ingenieure und Stadtplaner für Entgeltgruppe 11 zu haben sein werden. Das gleiche Personal ist in Großstädten genauso knapp – und die zahlen E 13. Wir werden also nicht umhinkommen, hier eine Schippe draufzulegen.

Um ein Zwischenresümee zu machen: Wir haben also genug Geld zur Verfügung, wir strengen uns an, die Verwaltung auch personell gut aufzustellen – woran liegt es, dass manches dennoch so zäh abläuft in dieser Stadt?

Wir GRÜNE sehen einen wesentlichen Grund darin, dass es dem Gemeinderat nur selten gelingt, gemeinsam Ziele für die Stadtentwicklung zu vereinbaren und sie mit der notwendigen Beharrlichkeit auch durchzuhalten. Ziele gelten in diesem Haus eher wenig – so neh-

men wir GRÜNE das wahr. Eher geht es nach dem Prinzip: Neue Sitzung – alles zurück auf Los. Ich denke nur daran, mit welcher Aversion das integrierte Stadtentwicklungskonzept im Gemeinderat behandelt wurde. Ich denke daran, wie mühsam es ist, bei der Sporgasse auf dem gemeinsam vereinbarten Weg zu bleiben. Der Entscheidungsgang beim Mellert-Fibron-Gelände war ein einziges Schlingern mit gottlob glücklichem Ausgang – bis jetzt. Wenn ich heute Zeitung lese, geht das Schlingern offenbar wieder los.

Eine solche Debatten- und Beschlusskultur signalisiert den Bürgerinnen und Bürgern Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Dieses Bild des Gemeinderats draußen stört uns GRÜNE sehr. Wir sind eine Partei, die aus Grundüberzeugungen heraus konkret handelt – auch in den kleinsten kommunalen Zusammenhängen. Wir wollen weiterkommen im Klimaschutz, in der Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts. Wir wollen stärker hin zu einem stadtverträglichen Verkehr, zu einer Stadt der kurzen Wege mit einem attraktiven Zentrum voller Lebensqualität, einer Stadt der Integration, in der das Zusammenleben sozial verträglich geplant wird, in der das Wohnen bezahlbar bleibt, ein breites Angebot an Arbeitsplätzen zur Verfügung steht und in der die öffentliche Sicherheit als hohes Gut betrachtet und geschützt wird.

Fazit: Wir sollten uns als Fraktionen in den Sachfragen künftig einfach stärker absprechen, Ziele vereinbaren und diese auch gemeinsam verfolgen. Da fällt niemandem ein Zacken aus der Krone. Ansätze zu besserer Zusammenarbeit haben wir heute gehört – lasst uns das auch tun. Wir alle hier haben die Aufgabe, die Stadt gemeinsam voranzubringen – und das muss auch nach außen besser sichtbar werden.

Ein paar Worte zu unseren Haushaltsanträgen:

Ganz allgemein: Die Behandlung der Anträge der Fraktionen – nicht nur unserer, sondern aller – in den Haushaltsberatungen war aus unserer Sicht unbefriedigend. Die Verwaltung konnte kalt lächelnd alles vom Tisch wischen, was an Vorschlägen aus den Fraktionen kam. Da in diesem Hause keine Fraktion irgendetwas ausrichtet, ohne dass andere dabei mitwirken, hilft nur die Absprache im Vorfeld – siehe oben. Wir Fraktionen haben das 2018 nicht getan und die Verwaltung hatte es leicht, uns eine lange Nase zu zeigen.

Nun zu ausgewählten Inhalten:

Geärgert hat uns, dass selbst der Miniantrag, für die Versorgung verletzter Fundtiere 1.500 € einzustellen, von der Verwaltung abgewimmelt wurde. Der Betrag entspricht vielleicht einem Fünftel der Portokasse des Hauptamtes. Können wir jetzt sicher sein, lieber Herr Oberbürgermeister, dass das jetzt drin ist?

Ein zeitnaher Umbau der Weißhofer Straße – von uns erneut beantragt – wurde verworfen. Im Rückblick lässt sich klar feststellen: Hätten wir 2016 damit angefangen, so wie es ursprünglich getaktet war, wären wir heute damit fertig und hätten einen wesentlichen Baustein der Innenstadtentwicklung erreicht. Leider waren der Oberbürgermeister und die größte Fraktion des Hauses – in Fehleinschätzung des Fortschritts an der Sporgasse – für die Weißhofer Straße nie zu begeistern.

100 neue Stadtbäume für Bretten: Die Einlassungen der Verwaltung haben gezeigt, dass die Grünplanung in dieser Stadt konzeptionell immer noch ein Anhängsel anderer Projekte ist. Wir werden weiter in die Wüste rufen und wir sind sicher, diese Wüste lebt über kurz oder lang – dafür werden die Bürgerinnen und Bürger sorgen.

Um den inzwischen allseits anerkannten Mängeln der Wilhelmstraße abzuhelfen, hatten wir beantragt, zwei weitere Kreisel zu planen: Aral-Tankstelle und Hermann-Beuttenmüller-



Straße. Hier ließ die Antwort von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, sehr tief blicken: Das 2018 zu beauftragende „Mobilitäts- und Verkehrskonzept“ würde Vorschläge zur Ausgestaltung dieser Knoten liefern. Was werden wir da für ein Mobi-Konzept kriegen, wenn Aussagen zu einzelnen Straßenkreuzungen enthalten sein sollen? Ist es dann das zukunftsweisende Mobilitätskonzept, das Bretten vom Autoverkehr entlastet? Wir GRÜNE wollen ein zukunftsorientiertes Konzept für die Verkehrswende – und nichts Angerostetes von vorgestern – deshalb werden wir bei der Vergabe noch kräftig diskutieren müssen.

Einen Topf von 50.000 € für kleine Radverkehrsmaßnahmen gibt es 2018 auch nicht. Bürgermeister Nöltner will stattdessen, dass Gemeinderät*innen jetzt die kleinformigen Mängel im Radverkehrsnetz der Stadt ermitteln sollen und der Verwaltung eine Liste vorlegen. Wir machen das Spiel mit dem Rollentausch mit, lieber Michael, die Liste kommt! Wir wollen sehen, was dann passiert.

Zum Abschluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es uns wichtig zu betonen, dass es uns GRÜNEN bei aller notwendigen Diskussion stets um die Sache geht. Ich persönlich danke Euch allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Martin, lieber Michael, sehr verehrte Amtsleiterinnen und Amtsleiter, dass ihr manches zugespitzte Wort aus meinem Mund im letzten Jahr geduldig ertragen habt. Meine lieben Fraktionskolleg*innen haben mir etwas Entspannung empfohlen. Ich hoffe, es hilft, wenn mich das nächste Mal etwas im Innersten mitreißt.

Wir danken Oberbürgermeister Wolff, Bürgermeister Nöltner, Herrn Pux und der gesamten Kämmerei für die routinierte Aufstellung dieses Haushalts 2018. Bretten steht finanziell sehr gut da. Wir sind sicher – am Ende des Jahres freuen wir uns auch über einen weiteren Schuldenabbau.

Wir stimmen dem Haushalt und dem Haushalt des Eigenbetriebs Abwasser zu.

Vielen Dank!